



Niederschrift

- öffentlicher Teil -

über die
8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 26.11.2003
in Rotenburg, Kreishaus, kleiner Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Jürgen Borngräber

Ausschussmitglieder

Abg. Gerhard Holsten
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Hans-Hermann Brandt
Abg. Klaus Dreyer
Abg. Erich Gajdzik
Abg. Hans-Cord Graf von Bothmer
Abg. Friedhelm Helberg
Abg. Hinrich Kackmann
Abg. Klaus Lütjens
Abg. Erhard Thies
Abg. Bernd Wölbern

Mitglieder mit beratender Stimme

Abg. Detlef Steppat

Entschuldigt:

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Finanzausschusses am 27.10.2003
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2004
Vorlage: 2001-06/0693
- 6 Investitionsprogramm 2003 bis 2007 und Finanzplan 2003 bis 2007
Vorlage: 2001-06/0694
- 7 Kreditaufnahmeermächtigung 2004
Vorlage: 2001-06/0695
- 8 Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung
hier: Überplanmäßige Ausgabe bei den Haushaltsstellen 4102.730000 (Laufende Leistungen - Hilfe zum Lebensunterhalt (örtl. Träger)) und 4123.748000 (Wohnstätten für geistig behinderte Menschen - Eingliederungshilfe für Behinderte (überörtl. Träger))
Vorlage: 2001-06/0671
- 9 Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender **Holsten** eröffnet um 14.30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt insbesondere die Frauenbeauftragte des Landkreises sowie als Zuhörer den Kreistagsabgeordneten Wölbern, die Samtgemeindedirektoren Lange und Borchers und den Samtgemeindebürgermeister Woltmann.

Vorsitzender **Holsten** würdigt die Arbeit des verstorbenen Abgeordneten Kohlmeyer. Als Mitglied des Finanzausschusses habe er seinen Sachverstand in fairer Weise eingebracht.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des**

Beschluss:

Die Niederschrift über die 7. Sitzung des Finanzausschusses wird bei einer Stimmenthaltung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 8
Nein-Stimmen:
Enthaltung: 1

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

Landrat **Dr. Fitschen** berichtet, dass die EWE AG, an der der Landkreis über den Energieverband Elbe-Weser indirekt beteiligt sei, 32,36 % der Anteile an der Bremer swb AG von E.ON erworben habe. Der Verkauf der Anteile erfülle eine der Auflagen der Ministererlaubnis zum Erwerb der Ruhrgas durch E.ON. Dadurch werde die EWE-Tätigkeit in der Region gestärkt.

Punkt 5 der Tagesordnung: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2004

Landrat **Dr. Fitschen** erklärt, bei dem Haushalt 2004 handele es sich um einen Haushalt der praktischen Vernunft. Einsichten und Zwänge hätten zu dem nunmehr vorliegenden Entwurf geführt. Während der bisherigen Beratungen in den Ausschüssen und Fraktionen habe er erkennen müssen, dass die von ihm im Entwurf vorgeschlagenen 54 Punkte Kreisumlage nicht durchsetzbar seien. Um das Defizit relativ niedrig zu halten, seien nochmals Kürzungen vorgenommen worden und zwar wie folgt: EDV-Kosten 50.000 €, Rettungsdienst 300.000 €, Schülerbeförderung 50.000 €, Krankenhilfe Asylbewerber 100.000 €, Straßenunterhaltung 200.000 € und Zinsausgaben 30.000 €.

Der Abgeordnete **Graf von Bothmer** nimmt ab 14.44 Uhr an der Sitzung teil.

Bei den Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz werde der im Entwurf erwartete Zuwachs von 10 % nicht erreicht; die nunmehr vorliegenden Grundbeträge entsprächen einer Steigerung von 2,1 % gegenüber dem Jahr 2003. Der Rückgang sei im wesentlichen auf die aktualisierte Steuerschätzung vom November zurückzuführen.

Der Abgeordnete **Gajdzik** nimmt ab 14.48 Uhr an der Sitzung teil.

Aus dem Rückgang der Finanzausgleichsmasse resultiere auch die Tatsache, dass 54 Punkte Kreisumlage nunmehr nur noch rund 46,1 Mio. € ausmachen würden. Landrat **Dr. Fitschen** plädiert weiterhin für eine Erhöhung der Kreisumlage,

1. um eine Ausweitung des Defizits zu vermeiden und den Abbau überschaubar gestalten zu können, wobei gleichzeitig der politische Handlungsspielraum erhalten bleibe.
2. um ein Konsolidierungsprogramm zu vermeiden und somit eine Kürzung der wenn auch geringen freiwilligen Leistungen zu verhindern.
3. um den Kassenkreditbestand nicht weiter anwachsen zu lassen und damit einen Anstieg der Zinsausgaben zu vermeiden.
4. um den gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabenzuwachs bei nicht steigenden Einnahmen kompensieren zu können.
5. weil die Gebühren und Zuweisungen des Kreises stagnieren bzw. sinken und andere Einnahmequellen nicht in Aussicht seien.

6. da die Gemeinden im wesentlichen ihre Haushalte wenn auch über Rückführungen vom Vermögenshaushalt werden ausgleichen können. Der Landkreis hingegen halte nur noch die gesetzlich vorgeschriebene Mindestrücklage vor.
7. weil die Gemeinden im Haushaltsjahr 2004 mit einer finanziellen Entlastung rechnen könnten, da die Gewerbesteuerumlage voraussichtlich gesenkt werde.
8. weil sich die kommunalen Steuereinnahmen nach Einschätzung des Arbeitskreises Steuerschätzung stabilisieren werden und
9. um ein ausgewogenes Verhältnis in der Finanzausstattung zwischen den Gemeinden und dem Landkreis zu erhalten.

Landrat **Dr. Fitschen** weist ferner darauf hin, dass 1997 in einer vergleichbaren Lage des Landkreises neben einer Kreisumlageerhöhung um zwei Punkte eine Reduzierung im Schullastenausgleich, eine Kürzung bei den freiwilligen Leistungen und eine Deckelung der Kreisschulbaukasse erfolgt sei.

In seinen weiteren Ausführungen spricht der Landrat die Personalkosten an, die im Haushaltsplan 2004 um 1,61 % erhöht worden seien, was nicht einmal der Tarifsteigerung entspreche. Durch eine Wiederbesetzungssperre von mindestens 6 Monaten hoffe er, die Differenz aufzufangen. Das Sozialamt solle um 7 Stellen aufgestockt werden, u.a. um die Angaben der Hilfeempfänger besser überprüfen zu können. Außerdem sei er aufgrund mehrerer Überlastungsanzeigen aus diesem Amt in seiner Fürsorgepflicht gefordert.

Im Sammelnachweis 2 (sächliche Verwaltungs- und Zweckausgaben) sei eine Steigerung von 2,6 % zu verzeichnen, die auf steigende Energiekosten zurückzuführen sei. Die EDV-Kosten seien aus dem Sammelnachweis ausgegliedert worden; hier sei eine Kostensenkung zu verzeichnen.

Der Sozialhilfereich bereite weiterhin Sorge. Die Kosten würden wiederum um ca. 16,4 % steigen, worauf der Landkreis so gut wie keinen Einfluss habe. Ein Grund für die hohe Steigerungsrate liege auch in der Tatsache, dass die Kosten für das Jahr 2003 erheblich zu niedrig angesetzt waren (vergleiche Vorlage TOP 8). Im Gegensatz dazu habe sich die Jugendhilfe positiv entwickelt. Entgegen aller Trends sei beim Landkreis Rotenburg (W.) ein Rückgang der Kosten zu verzeichnen.

Der Vermögenshaushalt sei gekennzeichnet durch die Ausweitung der Kreisschulbaukasse sowie die Auswirkungen der Schulstrukturreform. Insgesamt halte er die veranschlagte Nettoneuverschuldung von ca. 6,6 Mio. € noch für vertretbar. Abschließend erklärt **Dr. Fitschen**, dass es für ihn eine Selbstverständlichkeit sei, dass vor Beginn jeder Maßnahme nochmals überprüft werde, ob die Realisierung notwendig und finanzierbar sei.

Abgeordneter **Helberg** dankt dem neuen Kämmerer Dipl.-Kfm. Höhl für seinen ersten Haushalt. Er sei sicher, dass er auch in Zukunft diese Arbeit in bewährter Form weiterführen werde. Allgemein sei festzustellen, dass auch den Gemeinden die Einnahmen wegbrechen würden und die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben sich somit immer weiter öffne. Die Kommunen könnten ihre Leistungsangebote nicht mehr ausweiten, darauf sollten die Bürger rechtzeitig hingewiesen werden. Der vorliegende Haushaltsentwurf belaste die Gemeinden zu stark und entspreche damit nicht den Vorstellungen seiner Fraktion. Alles was der Kreis den Kommunen entziehe, bedeute dort einen Rückgang der Investitionsmöglichkeit. Vor Jahren habe der Kreistag die Personalkosten wirkungsvoll gedeckelt; diese Maßnahme solle man auch jetzt wieder einführen. Den Verschuldensgrad hält der Abgeordnete **Helberg** noch für moderat, da er noch in einer Größenordnung von vor 7 bis 8 Jahren liegen würde. Die Zinslast steige zwar, halte er aber angesichts des günstigen Zinsniveaus noch für vertretbar. Der Haushalt habe aber auch positive Seiten. Er enthalte immer noch freiwillige Leistungen (z.B. Sport- und Jugendförderung, Archäologie). Insgesamt betrachte er eine Erhöhung der Kreisumlage nicht für gerechtfertigt. Zur Finanzierung des „Einnahmeausfalls“ schlage er folgende Maßnahmen vor: Deckelung der Personalkosten auf 29 Mio. €, Ausgabenreduzierung im Einzelplan 4 um 600.000 €, Mehreinnahmen Verkehrsbußgelder 50.000 €, Mehreinnahmen Rettungsdienst 100.000 € und Senkung der Zinsausgaben um 100.000 €. Dieses mache zusammen ca. 1,74 Mio. € und somit 2 Punkte Kreisumlage aus.

Landrat **Dr. Fitschen** wehrt sich vehement gegen den Vorschlag der Deckelung der Personalausgaben. Hier sei die Frage zu stellen, wer bei ständig wachsenden Aufgabenzuweisungen noch die Arbeit erledigen solle. Eine Deckelung der Personalkosten bedeute seiner Ansicht nach eine Reduzierung von 16 bis 18 Stellen. Wenn dieser Vorschlag umgesetzt werden solle, bitte er auch um konkrete Vorschläge, wo Mitarbeiter eingespart werden könnten bzw. welche Aufgaben entfallen sollten.

Kreistagsabgeordneter **Bargfrede** dankt Landrat Dr. Fitschen für die ausführliche Stellungnahme zum Haushalt 2004. Die Gründe für den unausgeglichene Haushalt seien jedoch nicht landkreisspezifisch sondern in der Bundes- und Landespolitik zu suchen. Obwohl der Landkreis sich nicht mehr leiste als in den Vorjahren lebe er quasi über seine Verhältnisse. Er habe den Eindruck, dass der Landrat bei den Personalkosten kostenbewusst kalkuliert habe. Das verdeutliche auch die Beibehaltung der Wiederbesetzungssperre.

Die einzigen Kürzungsmöglichkeiten sehe er bei den freiwilligen Ausgaben. Da diese aber einen so geringen Anteil am Gesamthaushalt ausmachen würden, solle die Politik sich dieses als Kern der Selbstverwaltung erhalten. Seine Fraktion habe sich schwer getan, sich mit einer Kreisumlageerhöhung um 2 Punkte anzufreunden, habe aber einsehen müssen, dass eine Erhöhung unumgänglich sei. Vielleicht habe man so die Chance in vier bis fünf Jahren wieder schwarze Zahlen schreiben zu können.

Unter Hinweis auf die Einsparungsvorschläge des Abgeordneten Helberg meint Kreistagsabgeordneter **Bargfrede**, dass eine pauschale Kürzung im Einzelplan 4 keine richtige Entscheidung sei, wie die hohen überplanmäßigen Ausgaben dieses Haushaltsjahres zeigen würden.

Vom Grundsatz her könne seine Fraktion dem Haushalt 2004 zustimmen und schließt mit einem Dank an Landrat und Verwaltung.

Abgeordneter **Steppat** bringt zum Ausdruck, dass die Fraktion der WFB eine Kreisumlageerhöhung nicht mittrage. Der Landkreis könne und dürfe seine schlechte Finanzsituation nicht an den letzten in der Kette weiterleiten. Seit Jahren moniere man die ansteigenden Personalkosten, aber nichts geschehe. Der Vorschlag der SPD-Fraktion sollte intensiv verfolgt werden.

Abgeordneter **Dreyer** vermisst eine Mitteilung des Landrates, aus der die Standpunkte der Gemeinden zur Kreisumlageerhöhung hervorgehen und beantragt daher eine Sitzungsunterbrechung, um den anwesenden Gemeindevertretern eine Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben. 1996 hätten alle Fraktionen gemeinsam den Haushalt konsolidiert. Da nunmehr die gleiche kritische Situation vorliege, sei die Gemeinsamkeit aller Fraktionen angebracht.

Abgeordneter **Lütjens** weist darauf hin, dass für die Investitionen im Schulbereich nicht nur die Schulstrukturreform sondern auch die Bevölkerungsentwicklung verantwortlich sei. Er plädiert dafür, dass Investitionsvorhaben realisiert werden sollten, wenn Zuschüsse von anderen Stellen zu erhalten sind.

Abgeordneter **Gajdzik** unterstützt Landrat Dr. Fitschen, dass eine Umsetzung der Deckelung der Personalkosten für 2004 nicht machbar sei. Eine derartige Maßnahme könne erst zukünftige Haushalte entlasten. Im übrigen seien fast alle von Herrn Helberg vorgeschlagenen Einsparungen in der von der Verwaltung vorgelegten Ergänzungsvorlage enthalten und würden somit keine weitere Entlastung bringen. Er appelliert an alle Abgeordneten, auch Verantwortung gegenüber den Kreisfinanzen zu übernehmen und nicht nur an die eigenen Städte und Gemeinden zu denken, in deren Parlamenten fast alle anwesenden Abgeordneten vertreten seien.

Landrat **Dr. Fitschen** erklärt, die Ergebnisse der Besprechung mit den Hauptverwaltungsbeamten zur Kreisumlage haben ihren Niederschlag in der ergänzenden Verwaltungsvorlage gefunden.

Abgeordneter **Borngräber** verdeutlicht, dass jede Personalmehrausgabe detailliert zu prüfen sei, d.h. ob eine Beförderung noch verschoben werden könne oder ob eine Stelle statt einem halben Jahr auch einen längeren Zeitraum unbesetzt bleiben könne.

Vorsitzender **Holsten** bittet, bevor die Diskussion fortgesetzt wird, zunächst über den Antrag des Abgeordneten Dreyer auf Sitzungsunterbrechung abzustimmen.

Der Antrag des Abgeordneten Dreyer wird einstimmig angenommen und die Sitzung daher um 16.10 Uhr unterbrochen.

Samtgemeindedirektor **Lange** erklärt auch im Namen seiner Kollegen, dass er gekommen sei, um sich die Argumente des Kreises zur geplanten Kreisumlageerhöhung anzuhören und nicht beabsichtige, in die Debatte einzugreifen. Im übrigen hätten die Gemeinden schriftliche Stellungnahmen zu der Problematik abgegeben.

Die Sitzung wird um 16.12 Uhr fortgesetzt. Für den Abgeordneten Borngräber nimmt nunmehr der Abgeordnete Wölbern an der Sitzung teil.

Kämmerer **Höhl** geht nochmals auf die Steigerungen im Finanzausgleich sowie auf die zu erwartende sinkende Gewerbesteuerumlage bei den Gemeinden ein. Diese Mehreinnahmen der Gemeinden würden sich auf die Kreisumlage erst im Jahre 2005 auswirken.

Auf Vorschlag des Abgeordneten Dreyer ruft der Vorsitzende **Holsten** nun nacheinander die Einzelpläne des Verwaltungshaushaltes auf, um die Positionen, die in keinem Fachausschuss beraten worden sind, zu erörtern.

Einzelplan 0

Eine Frage des Abgeordneten **Dreyer** zum Beitrag an den Gemeindeunfallversicherungsverband und zu den sächlichen Verwaltungs- und Zweckausgaben im UA 0200 wird von Dipl.-Kfm. **Höhl** dahingehend beantwortet, dass der Gesamtbeitrag bisher zwischen Landkreis und der Oste-Med GmbH aufgeteilt worden sei, was jetzt nicht mehr möglich wäre, da die Krankenhäuser selbst veranlagt würden. Die Sachkosten hätten sich verringert, da die EDV-Kosten nunmehr nicht mehr im Sammelnachweis 2, sondern im UA 0212 veranschlagt seien. Zur besseren Transparenz würden auch noch die Personalkosten der TUI hier ausgewiesen werden.

Einzelplan 9

Abgeordneter **Helberg** meint, die Zinsausgaben seien zu hoch angesetzt. Angesichts der derzeitigen Niedrigzinsphase müsse man mit weniger Mitteln auskommen.

Da keine Wortmeldungen zum Verwaltungshaushalt mehr vorliegen, schlägt der Vorsitzende vor, zunächst über den Vorschlag der Verwaltung, den Kreisumlagehebesatz auf 54 v.H. festzusetzen, abzustimmen.

Abgeordneter **Bargfrede** beantragt, den Kreisumlagehebesatz auf 53 v.H. festzusetzen.

Abgeordneter **Helberg** beantragt, den Kreisumlagehebesatz unverändert bei 52 v.H. zu belassen.

Der Verwaltungsvorschlag wird einstimmig abgelehnt.

Dem Antrag des Abgeordneten Bargfrede, den Kreisumlagehebesatz auf 53 v.H. der Umlagegrundlagen festzusetzen, wird mit 7 Ja-Stimmen (4 Nein-Stimmen) die Zustimmung erteilt.

Der Antrag des Abgeordneten Helberg, den Umlagesatz gegenüber 2003 unverändert zu lassen, hat sich damit erübrigt.

Vorsitzender **Holsten** ruft die Einzelpläne des Vermögenshaushaltes auf, die noch nicht in einem Fachausschuss behandelt worden sind.

Auf Anfrage des Abgeordneten **Kackmann** erklärt Landrat **Dr. Fitschen**, dass es sich bei den Umbaumaßnahmen im Kreishaus Bremervörde um eine Klimaanlage im Südflügel sowie um die notwendige Sanierung der Aufzüge handele.

In der Erörterung zum Bau einer LWL-Leitung nach Bothel (UA 0212) erklärt der Landrat, dass es zur Zeit noch Zuschüsse aus der Gemeinsamen Landesplanung Hamburg-Niedersachsen geben

würde. Der Anschluss weiterer Gemeinden würde sicherlich Schritt für Schritt folgen. Das Besondere an diesen Leitungen sei, dass es kaum Folgekosten gäbe. Das Ziel sei, dass Daten laufen sollten und nicht die Bürger.

Zur Krankenhausumlage ist der Abgeordnete **Dreyer** verwundert, dass der Landkreis diese immer noch zahlen muss obwohl er keine Krankenhäuser mehr besitzt. Landrat **Dr. Fitschen** erklärt, dass diese Zahlung des Landkreises unabhängig davon sei, ob ein Krankenhaus vorhanden sei oder nicht.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen beendet Vorsitzender **Holsten** die Diskussion zum Haushalt 2004.

Beschluss:

Der Erlass der vorliegenden Haushaltssatzung 2004 einschließlich des Haushaltsplanes 2004 wird unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Investitionsprogramm 2003 bis 2007 und Finanzplan 2003 bis 2007**

Da keine Wortmeldungen vorliegen bringt der Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

**Das Investitionsprogramm 2003 bis 2007 wird beschlossen.
Der Finanzplan 2003 bis 2007 wird zur Kenntnis genommen.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	4

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kreditaufnahmeermächtigung 2004**

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt:

- 1. Kredite in Höhe des im § 2 der Haushaltssatzung 2004 festgesetzten Gesamtbetrages von 9.145.600 Euro im Haushaltsjahr 2004 bis zu einem Höchstzinssatz von effektiv 6,00 % und einer maximalen Laufzeit bis zu 30 Jahren aufzunehmen,**
- 2. Umschuldungen bis zur Höhe des Haushaltsansatzes sowie**

3. Zinsanpassungen bei Alt-Darlehen

vorzunehmen.

Bei Kreditaufnahmen, Umschuldungen und Zinsanpassungen ist das günstigste Angebot zu berücksichtigen. Der Kreistag ist unverzüglich zu unterrichten.

Das Benehmen mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses oder dem Vorsitzenden des Kreistages ist zu den Ziffern 1 und 2 herzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Haushaltsüberschreitung - Einzelentscheidung**
hier: **Überplanmäßige Ausgabe bei den Haushaltsstellen 4102.730000 (Laufende Leistungen - Hilfe zum Lebensunterhalt (örtl. Träger)) und 4123.748000 (Wohnstätten für geistig behinderte Menschen - Eingliederungshilfe für Behinderte (überörtl. Träger))**

Beschluss:

Der überplanmäßigen Ausgabe bei der Haushaltsstelle 4102.730000 (Laufende Leistungen) in Höhe von 1.000.000,00 € und bei der Haushaltsstelle 4123.748000 (Wohnstätten für geistig behinderte Menschen) in Höhe von 1.200.000,00 € wird zugestimmt. Die Beträge werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Anfragen**

Da keine Anfragen vorliegen schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil um 16.40 Uhr.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer